Elektronisches Amtsblatt

der Gemeinde Röderaue mit den Ortsteilen Frauenhain, Koselitz, Pulsen und Raden

Ausgabe Nr. e11/2026 5. Mai 2026

Öffentliche Bekanntmachung

Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer – Hebesatzsatzung –

Aufgrund des § 25 Grundsteuergesetz (GrStG) vom 7. August 1973 (BGBl. I S. 965), das zuletzt durch Artikel 32 des Gesetzes vom 2. Dezember 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 387) geändert worden ist, des § 16 Gewerbesteuergesetz (GewStG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Oktober 2002 (BGBl. I S. 4167), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 28. Februar 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 69) geändert worden ist und des § 7 Absatz 4 (SächsKAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März rch Artikel 2 des Gesetzes vom 13. Dezember 2023 (SächsGVB 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), die zuletzt durch Artikel 1 sGVBl. S. 285) geändert worden ist hat der Gemeinderat der Gem April 2026 mit Beschluss Nr. GR-B-021/2026 folgende Satzung b

Diese Öffentliche Bekanntmachung wurde aufgehoben (e15/2026).

Sie finden die Öffentliche Bekanntmachung der Hebesatzsatzung sowie der Hundesteuersatzung der Gemeinde Röderaue im elektronischen Amtsblatt Nr. e16/2026.

Die Gemeinde Röderaue erhebt dbesitz eine Grundsteuer nach den Vorschriften des Grundsteu den Vorschriften des Gewerbesteuergesetzes.

§ 2 Hebesätze

Die Hebesätze werden wie folgt festgesetzt:

1. Für die Grundsteuer

a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe **(Grundsteuer A)** auf der Steuermessbeträge 330 v. H.

b) für bebaute und unbebaute Grundstücke **(Grundsteuer B)** auf der Steuermessbeträge 435 v. H.

2. Für die **Gewerbesteuer** auf der Steuermessbeträge 390 v. H.

§ 3 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt rückwirkend zum 01.01.2026 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Hebesatzsatzung vom 25.11.2024 außer Kraft.

Röderaue, den 30.04.2026

Bernd Schuster, Bürgermeister

Hinweis nach § 4 Absatz 4 Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO):

Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sind, gelten ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen.

Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,

2. Vorschriften über die Öffentlich[illegible] oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,

3. der Bürgermeister dem Bes[illegible]widrigkeit widersprochen hat,

4. vor Ablauf der in Satz 1 ger[illegible]

a) die Rechtsaufsichtsbehörde[illegible]

b) die Verletzung der Verfahr[illegible]Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzu[illegible]acht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Satz [illegible]den, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jede[illegible]Sätze 1 bis 3 sind nur anzuwenden, wenn bei der Bekanntmachun[illegible]ür die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- oder Fo[illegible]wiesen worden ist.

Diese Öffentliche Bekanntmachung wurde aufgehoben (e15/2026).

Sie finden die Öffentliche Bekanntmachung der Hebesatzsatzung sowie der Hundesteuersatzung der Gemeinde Röderaue im elektronischen Amtsblatt Nr. e16/2026.

Satzung der Gemeinde Röderaue über die Erhebung einer Hundesteuer (Hundesteuersatzung)

Auf der Grundlage von § 4 der Sächsischen Gemeindeordnung (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 09.03.2018 (SächsGVBl. Nr. 4, S. 62), die zuletzt durch Artikel 15 des Gesetzes vom 27. Juni 2025 (SächsGVBl. S. 285) geändert worden ist, in Verbindung mit §§ 2 und 7 Abs. 2 des Sächsischen Kommunalabgabengesetzes (SächsKAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 09.03.2018 (SächsGVBl. Nr. 4 S. 116), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 13.12.2023 (SächsGVBl. S. 876) geändert worden ist, hat der Gemeinderat der Gemeinde Röderaue in seiner Sitzung am 29. April 2026 mit Beschlussnummer GR-B-023/2026 folgende Neufassung der Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer (Hundesteuersatzung) beschlossen:

§ 1 Steuererhebung

Die Gemeinde Röderaue erhebt eine Hundesteuer als örtliche Aufwandsteuer nach den Vorschriften dieser Satzung.

§ 2 Steuergegenstand

(1) Der Besteuerung unterliegt das Halten von mehr als drei Monate alten Hunden im Gebiet der Gemeinde Röderaue zu nicht gewerblichen Zwecken. Kann das Alter eines Hundes nicht nachgewiesen werden, so ist davon auszugehen, dass er älter als drei Monate ist.

(2) Ein Hund wird zu beruflichen Zwecken im Sinne des Abs. 1 gehalten, wenn die Kosten der Hundehaltung Betriebsausgaben oder Werbungskosten im Sinne des Einkommenssteuergesetzes in der jeweils gültigen Fassung sind oder wenn diese Kosten für Diensthunde öffentlich-rechtlicher Körperschaften überwiegend aus öffentlichen Mitteln bestritten werden.

(3) Abweichend von Abs. 1 unterliegt das Halten von Hunden durch Personen, die sich nicht länger als zwei Monate im Gebiet der Gemeinde Röderaue aufhalten, nicht der Steuer, wenn diese Person die Tiere bereits bei der Ankunft besitzen und in einer anderen Stadt/Gemeinde der Bundesrepublik Deutschland versteuern.

(4) Der Besteuerung unterliegt auch das Halten von gefährlichen Hunden. Nachfolgende Hundegruppen sowie Kreuzungen dieser Rassen untereinander gelten als gefährliche Hunde:

1. American Staffordshire T
2. Bullterrier
3. Pitbull Terrier.

Nicht unter Satz 2 fallen Welp sechs Monaten.
Satz 1 gilt auch für Hunde, de eispolizeibehörde
festgestellt wurde.

Diese Öffentliche Bekanntmachung wurde aufgehoben (e15/2026).

Sie finden die Öffentliche Bekanntmachung der Hebesatzsatzung sowie der Hundesteuersatzung der Gemeinde Röderaue im elektronischen Amtsblatt Nr. e16/2026.

(1) Steuerschuldner ist der H

(2) Halter eines Hundes ist, w im Interesse seines Haushaltsangehörigen in seinem Haus n hat, um ihn seinen Zwecken oder denen seines Haushaltes nen. Kann der Halter eines Hundes nicht ermittelt werden, so gilt als Halter, wer den Hund wenigstens drei Monate lang gepflegt, untergebracht oder auf Probe oder zum Anlernen gehalten hat.

(3) Alle in einem Haushalt gehaltenen Hunde gelten als von den Haushaltsangehörigen gemeinsam gehalten.

(4) Halten mehrere Personen gemeinschaftlich einen oder mehrere Hunde, so sind sie Gesamtschuldner der Hundesteuer.

(5) Wird von juristischen Personen ein Hund gehalten, so gelten diese als Halter.

§ 4 Haftung

Ist der Hundehalter nicht zugleich Eigentümer des Hundes, so haftet der Eigentümer neben dem Steuerschuldner als Gesamtschuldner.

§ 5 Entstehung der Steuer, Beginn und Ende der Steuerpflicht

(1) Die Hundesteuer ist eine Jahressteuer. Die Steuerschuld für ein Kalenderjahr entsteht am 1. Januar für jeden an diesem Tage im Gemeindegebiet gehaltenen über drei Monate alten Hund.

(2) Wird ein Hund erst nach dem 1. Januar drei Monate alt oder wird ein über drei Monate alter Hund erst nach diesem Zeitpunkt gehalten, so entsteht die Steuerschuld und beginnt die Steuerpflicht am 1. Tag des folgenden Kalendervierteljahres.

(3) Die Steuerpflicht endet mit Ablauf des Kalendervierteljahres, in dem die Hundehaltung beendet wird.

§ 6 Steuersatz

(1) Der Steuersatz beträgt im Kalenderjahr

a)	für den ersten Hund	65,00 Euro
b)	für den zweiten Hund	130,00 Euro
c)	für jeden weiteren Hund	260,00 Euro

(2) Besteht die Steuerpflicht nich s, so ist der Steuersatz anteilig zu ermitteln.

(3) Werden neben den in § 9 a lten, so gelten diese als zweiter oder weitere Hunde im Sinn

(4) Steuerbefreiungen nach § 9

Diese Öffentliche Bekanntmachung wurde aufgehoben (e15/2026).

Sie finden die Öffentliche Bekanntmachung der Hebesatzsatzung sowie der Hundesteuersatzung der Gemeinde Röderaue im elektronischen Amtsblatt Nr. e16/2026.

(1) Der Steuersatz für das Halte s. 4 beträgt im Kalenderjahr

a)	für den ersten Hund	
b)	für jeden weiteren Hund	

(2) Halter von gefährlichen Hunden nach § 2 Abs. 4 haben das Recht, auf Antrag Steuern für diesen Hund gemäß § 6 Abs. 1 zu zahlen, wenn sie durch Vorlage eines Wesenstests der zuständigen Behörde nachweisen können, dass dieser nicht als gefährlich einzustufen ist.

§ 8 Zwingersteuer

(1) Von Hundezüchtern, die mindestens zwei rassereine Hunde der gleichen Rasse, darunter eine Hündin im zuchtfähigen Alter zu Zuchtzwecken halten, wird die Steuer auf Antrag für die Hunde dieser Rasse in der Form einer Zwingersteuer erhoben, wenn der Zwinger, die Zuchttiere und die gezüchteten Hunde in ein von einer anerkannten Hundezüchtervereinigung geführtes Zuchtbuch eingetragen sind.

(2) Als Zwingersteuer wird die Hälfte der Steuer für einen ersten Hund entrichtet.

(3) Die Zwingersteuer ist vor Beginn eines Rechnungsjahres neu zu beantragen, unter Vorlage der Bescheinigung der Organisation, bei dem die Hunde eingetragen sind.

(4) Für selbst gezogene Hunde, die sich im Zwinger befinden, wird bis zum Alter von sechs Monaten keine Hundesteuer erhoben.

§ 9 Steuerbefreiung

(1) Steuerbefreiung wird auf Antrag gewährt für das Halten von:

1. Blindenführhunden
2. Hunden, die ausgebildet sind, ausschließlich dem Schutze und der Therapie von Personen im Sinne des Schwerbehindertenrechts zu dienen
3. Diensthunden der Landes- und Bundesbehörden, des Rettungsdienstes und des Katastrophenschutzes
4. Hunden von Forstbediensteten, soweit diese Hunde für den Forst- oder Jagdschutz erforderlich sind
5. Hunden von Inhabern eines gültigen Jagdscheines
6. Hunden, durch Personen, denen die Erlaubnis zur Vornahme wissenschaftlicher Versuche an lebenden Tieren erteilt ist
7. Hunden, die aus Gründen des Tierschutzes vorübergehend in Tierasylen u. ä. Einrichtungen untergebracht sind
8. Herdengebrauchshunden

(2) Von der Steuerbefreiung ausg

Diese Öffentliche Bekanntmachung wurde aufgehoben (e15/2026).

Sie finden die Öffentliche Bekanntmachung der Hebesatzsatzung sowie der Hundesteuersatzung der Gemeinde Röderaue im elektronischen Amtsblatt Nr. e16/2026.

(1) Die Hundesteuer nach § 6 e für

1. Hunde, die von zugelass verbes oder von Einzelwächtern bei Ausübung des Wach
2. Hunde, die zur Bewachu nn dies nach Lage der örtlichen Verhältnisse erforderlich bäude mehr als 300 m von einer geschlossenen Bebauun

(2) Von der Steuerermäßigung

§ 11 Verfa rmäßigung

(1) Für die Gewährung einer Steuerbefreiung oder Steuerermäßigung maßgebend sind die Verhältnisse bei Beginn des Kalenderjahres, in den Fällen nach § 5 Abs. 2 diejenigen, bei Beginn der Steuerpflicht.

(2) Eine Steuervergünstigung wird nur auf Antrag und frühestens ab dem Ersten des Monats gewährt, in dem der Antrag gestellt wird. Sie wird längstens bis zum Ende eines Kalenderjahres gewährt und ist anschließend neu zu beantragen. Satz 2 gilt nicht für § 9 Ziffer 1 und 2.

(3) Die Steuervergünstigung wird versagt, wenn

1. die Hunde, für die die Steuervergünstigung in Anspruch genommen werden soll, nach Art und Größe für den angegebenen Verwendungszweck nicht geeignet sind,
2. der Halter der Hunde in den letzten 5 Jahren wegen Tierquälerei rechtskräftig bestraft wurde,
3. die Unterbringung der Hunde nicht den Erfordernissen des Tierschutzes entspricht.

§ 12 Entrichtung der Hundesteuer

(1) Die Hundesteuer wird durch Bescheid für ein Kalenderjahr festgesetzt. Dem Steuerschuldner wird ein Bescheid erteilt, der bis auf Widerruf mehrere Jahre gilt.

(2) Die Steuer ist am 01. Juli für das ganze Kalenderjahr fällig. Beginnt die Steuerpflicht nach § 5 Abs. 2 im Laufe eines Kalenderjahres, so ist die Steuer mit dem nach § 6 festgesetzten Teilbetrag frühestens einen Monat nach Bekanntgabe des Steuerbescheides fällig.

(3) Endet die Steuerpflicht während eines Kalenderjahres oder tritt ein Ermäßigungstatbestand ein, so wird ein bereits ergangener Steuerbescheid geändert. Überzahlte Steuer wird erstattet.

§ 13 Anzeigepflicht

(1) Wer im Gemeindegebiet einen über drei Monate alten Hund hält, hat das innerhalb von zwei Wochen nach dem Beginn des Haltens oder nach dem der Hund das besteuerbare Alter erreicht hat, unter Angabe der Rasse und des Alters, der Gemeinde anzuzeigen. Mit der Anzeige erteilt der Hundehalter sein Einverständnis, dass die Kreispolizeibehörde die Gemeinde im Fall der Feststellung der Gefährlichkeit für diesen Hund informiert.

(2) Die Hundehaltung endet mit dem Abmeldedatum. Die Abmeldung ist der Gemeindeverwaltung Röderaue schriftlich innerhalb von zwei Wochen mitzuteilen.

(3) Entfallen die Voraussetzungen für eine gewährte Steuervergünstigung, so ist das der Gemeinde innerhalb von 2 Wochen anzuzei

(4) Eine Verpflichtung nach A , dass die Hundehaltung vor dem Zeitpunkt, an dem die Ste

(5) Wird ein Hund veräußert o n Abs.2 der Name und die Anschrift des neuen Hundehalters

Diese Öffentliche Bekanntmachung wurde aufgehoben (e15/2026).

Sie finden die Öffentliche Bekanntmachung der Hebesatzsatzung sowie der Hundesteuersatzung der Gemeinde Röderaue im elektronischen Amtsblatt Nr. e16/2026.

(1) Für jeden steuerpflichtige steuermarke ausgegeben. Für von der Hundesteuer befreite ermarke sobald die Anzeige erstattet und bestätigt wurde.

(2) Der Hundehalter muss die n ihm bewohnten Hauses und des umfriedeten Grundbesitzes, laufenden Hunde mit einer gültigen und sichtbar befestigten Hundesteuermarke versehen.

(3) Bis zur Abmeldung des Hundes behalten die bisherigen Steuermarken ihre Gültigkeit.

(4) Der Hundehalter ist verpflichtet, die Hundesteuermarke nach Abmeldung des Hundes in der Gemeinde abzugeben.

(5) Bei Verlust der Steuermarke wird eine Ersatzmarke ausgegeben. Hierfür werden Verwaltungskosten von 5,00 € erhoben.

§ 15 Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrigkeit nach § 6 Abs. 2 Ziffer 2 SächsKAG handelt, wer

1. seiner Meldepflicht nach § 13 Abs. 1, 2, 3 oder 5 dieser Satzung nicht oder nicht rechtzeitig nachkommt;
2. der Verpflichtung zur Anbringung der Steuermarke am Halsband des Hundes nach § 14 Abs. 2 nicht nachkommt.

(2) Gemäß § 6 Abs.3 SächsKAG kann die Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße bis zu 10.000,00 Euro geahndet werden.

§ 16 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2027 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung über die Erhebung der Hundesteuer vom 15.10.2004 und alle darauffolgenden Änderungen außer Kraft.

Röderaue, den 30.04.2026

Bernd Schuster
Bürgermeister

Diese Öffentliche Bekanntmachung wurde aufgehoben (e15/2026).

Sie finden die Öffentliche Bekanntmachung der Hebesatzsatzung sowie der Hundesteuersatzung der Gemeinde Röderaue im elektronischen Amtsblatt Nr. e16/2026.

Hinweis:
Nach § 4 Abs. 4 Satz 1 Sächs tzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekomm hung als von Anfang an gültig zustande gekommen.

Die gilt nicht, wenn
1. Die Ausfertigung der Satzu
2. Vorschriften über die Öffentl die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.
3. Der Oberbürgermeister der nO wegen Gesetzwidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in Satz 1 ge
a) die Rechtsaufsichtsbehörde
b) die Verletzung der Verfahre Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach den Ziffern 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in § 4 Abs. 4 Satz 1 SächsGemO genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.